

Guglielmo Carchedi

---

## Der militärische Arm der Europäischen Union\*

### 1. Einführung

Wenn Imperialismus die *systematische* Aneignung von Wert auf internationaler Ebene ist, dann ist der klassische Imperialismus – unglücklicherweise – gesund und munter. Kapitalkonzentration und -export, eine starke Stellung des Finanzkapitals, internationale Monopole wie auch die Aufteilung der Welt unter den dominanten Mächten sind kennzeichnende Merkmale des 21. wie des 20. Jahrhunderts. Die Methoden dieser internationalen Aneignung von Wert sind noch immer dieselben: vom einfachen Raub bis zu ungleichem Tausch, von der Repatriierung von Zinsen und Profiten aus ausländischen Investitionen bis zur Seigniorage – letzteres gilt allerdings nur für die imperialistische Hegemonialmacht (Carchedi 1991, 2001, 2004). Kennzeichnend für die aktuelle, sich schnell wandelnde Situation ist jedoch die Bildung neuer, antagonistischer ökonomischer Blöcke.<sup>1</sup> Von besonderer Bedeutung ist der Zusammenprall der bereits konsolidierten imperialistischen Allianzen, die sich einerseits um die USA herum gebildet haben, andererseits um die wenigen aufstrebenden imperialistischen Zentren in ihren unterschiedlichen Stufen von Entwicklung und Durchsetzungskraft. Zwar stellt bislang noch keine der neuen, aufstrebenden Allianzen derzeit eine konkrete militärische Herausforderung für die Vereinigten Staaten dar.<sup>2</sup> Doch sind einige mehr als andere dazu in der Lage, der US-Hegemonie Paroli zu bieten.

Zwar spielen Nationalstaaten noch immer eine zentrale ökonomische, politische, ideologische und militärische Rolle für die Firmen in den dominanten

---

\* Dieser Artikel wurde zuerst auf Englisch in *Rethinking Marxism*, Vol. 18:2, April 2006 veröffentlicht. Der Abdruck der Übersetzung erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Verlags Taylor and Francis, 2&4 Park Square, Milton Park, Abingdon, OX14 4RN ([http://www.journalsonline.tandf.co.uk/\(yofj245caldsnaxfc0qww45\)/app/home/issue.asp?referrer=parent&backto=journal,2,9;linkingpublicationresults,1:110868,1](http://www.journalsonline.tandf.co.uk/(yofj245caldsnaxfc0qww45)/app/home/issue.asp?referrer=parent&backto=journal,2,9;linkingpublicationresults,1:110868,1)). Copyright 2006 Association for Economic and Social Analysis.

- 1 „Die Freihandelsglobalisierung wird ersetzt durch zunehmend schärfere, bilaterale Kämpfe und aufstrebende Block-Allianzen. Dies wird deutlich anhand von Energieabkommen zwischen China und Indien, südamerikanischen Handelsverträgen, anhand der EU-Erweiterung sowie den chaotischen Kämpfen um die Kontrolle von Gebieten, die ehemals unter sowjetischem Einfluss standen.“ (Wolff 2005).
- 2 Die Macht von Ländern wie China, Indien, Russland oder Japan wird dadurch gemindert, dass sie – einzeln oder in verschiedenen Kombinationen – potenzielle Konkurrenten sind.

Ländern bei der globalen Aneignung von Mehrwert. Ohne die imperialistischen Beziehungen zwischen Nationalstaaten wäre diese Aneignung unmöglich.<sup>3</sup> Doch werden die imperialistischen Beziehungen zwischen den Staaten einzelner Machtblöcke wie auch zwischen den Staaten innerhalb eines Machtblocks in der gegenwärtigen Phase wiederum bestimmt durch das Verhältnis der Blöcke untereinander.

Die Europäische Union ist derzeit der ernsthafteste ökonomische Konkurrent der USA. Die imperialistische Natur der EU (Carchedi 2001) wird von den Apologeten des EU-Imperialismus natürlich bestritten – aber nicht nur von ihnen. Auch viele Linke bestreiten – fälschlicherweise – aus unterschiedlichsten Gründen den offensiven Charakter der Union, viele sehen in den USA auf Grund ihrer unangefochtenen Militärmacht die einzige imperialistische Kraft des Globus. Diese Sicht erkennt zwar richtigerweise die unbestrittene militärische Überlegenheit der USA. Doch ist diese Sicht verkürzt, wenn nicht falsch. Denn sie ignoriert erstens bestimmende Aspekte imperialistischer Beziehungen: die ökonomischen und finanziellen und damit die internen wie auch externen imperialistischen Beziehungen der EU. Zweitens ignoriert sie den sich vollziehenden Wandel der Machtbeziehungen – inklusive der militärischen Beziehungen – zwischen den Blöcken, in dem sich die internen Widersprüche des Weltimperialismus derzeit widerspiegeln.

Die EU ist bereits zu einem mächtigen ökonomischen wie finanziellen Rivalen der USA geworden. Meine These ist, dass die EU daher eine eigene militärische Schlagkraft aufbauen wird, die mit ihrem ökonomischen Gewicht kompatibel ist.<sup>4</sup> Dieser Weg wird sich schrittweise vollziehen und ist voller Hindernisse und Gefahren. Die EU hat ihn jedoch bereits begonnen, und der Prozess ist unumkehrbar.

## 2. Ein Blick zurück

Die imperialistische und militaristische Natur der EU war schon früh sichtbar. Sie war bereits in der ökonomischen Realität angelegt, aus der 1958 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) entstand. Bereits 1948, zehn Jahre vor Gründung der EWG, entstand aus dem ersten europäischen Vertrag die Westeuropäische Union (WEU), mit der fünf europäische Staaten eine gemeinsame „Verteidigung“ vereinbarten. Die WEU entstand als eine Säule und eine Erweiterung der Nato, und ihre strategische wie auch militärische Bedeutung blieb mar-

---

3 Zumeist sind es nicht die Staaten selber, die in anderen Staaten den Wert aneignen, sondern die Unternehmen. Die Staaten eignen sich dann einen Teil dieses Wertes durch Steuern, Zölle oder Abgaben an.

4 Es gibt derzeit keine weiteren Herausforderer, weder für die US-Militärmacht noch für die kommende EU-Armee: „Mit 180 Milliarden Euro hat die EU-25 weltweit das zweitgrößte Verteidigungsbudget. Es ist so groß wie das der sechs folgenden Militärmächte zusammen (China, Russland, Japan, Saudi Arabien, Indien, Südkorea)“ (Biscop 2004, 515).

Tabelle 1: Gesamte Militärausgaben (MA), 1999-2003, in Mrd. US-Dollar (Kaufkraft des Jahres 2000), Militärimporte (MI) und -Exporte (ME) und Abhängigkeits-Index (Anteil der MI an den MA in Prozent)

	USA	UK	Dtld.	Frankreich	Italien	Niederlande	Spanien
MA	1.655	181,1	139,3	171,1	108,9	30,4	35,4
MI	1,3	3,3	0,5	0,3	1,3	1,0	1,1
ME	25,6	6,4	5,2	6,4	1,6	1,2	0,3
AI	0,08	1,8	0,4	0,2	1,2	3,3	3,1

Quelle: Stockholm International Peace Research Institute 2004, Tabellen10A.3, 12A.1, 12A.2

ginal. Dafür gab es zwei Gründe: Erstens die totale militärische Überlegenheit der USA, die bis heute fortbesteht, wie die folgende Tabelle der Militärausgaben deutlich macht.<sup>5</sup>

Auf Grund dieser Überlegenheit sowie der sowjetischen „Bedrohung“ konnte jede militärische Organisation Europas nichts weiter sein als ein Anhängsel der Nato und damit eine Unterabteilung des US-Militärs. Erst mit der Auflösung des Ostblocks wurde die Formation eines eigenen militärischen Arms der EU zur realen Möglichkeit. Dennoch blieb die WEU auch nach 1991 unter der Ägide der USA. Einerseits stellten die WEU-Mitgliedstaaten ihr Bündnis auf ihrem Treffen in Maastricht 1991 zwar als Verteidigungskomponente der EU dar, und auch ihre Petersberg-Erklärung erweiterte die Aufgaben der WEU auf Bereiche wie Krisenmanagement und Friedenserhaltung in der ganzen Welt (wobei die imperialistische Aggression hinter der Fassade humanitärer und friedenserhaltender Interventionen verborgen wurde). Doch die Maastricht-Erklärung unterstrich abermals die Rolle der WEU als *europäischer* Pfeiler der Nato, wie es bereits der Artikel 4 des ursprünglichen WEU-Vertrags vorsah. Insofern geriet ihre Transformation in ein eigenständiges, Nato-unabhängiges Gebilde in Konflikt mit dem Ursprungsgedanken der WEU. Daher wird die WEU nun abgewickelt und – wie wir später sehen werden – durch eine andere, eigenständigere Militärinstitution ersetzt.

Der zweite Grund für die Schwäche der WEU lag (und liegt noch, wenn auch weniger ausgeprägt) in der Uneinigkeit zwischen den einzelnen EU-Staaten. Die bei weitem größte Kluft bestand stets zwischen Frankreich und Deutschland auf der einen und Großbritannien auf der anderen Seite, wobei Großbritannien stets eher als „Bremser“ auftrat. Der britische Euro-Skeptizismus hat drei solide, sozio-ökonomische Gründe: erstens die Furcht des kleinen Kapitals vor der übermächtigen Konkurrenz vom Kontinent im Zuge des Abbaus von Zöllen und Handelsbarrieren; zweitens die Sorge des Finanzkapitals, die ökonomische Integration Europas könnte zu einer gemeinsamen Währung

<sup>5</sup> Das US-Rüstungsbudget schrumpfte zwischen 1994 und 2001. Die Anschläge des 11. September 2001 boten die Gelegenheit, diesen Trend umzudrehen.

führen, die weniger gemäß britischer Interessen als vielmehr nach deutschen Interessen gemanagt wird; und drittens der militärisch-industrielle Sektor, der seine Importe vor allem aus den USA bezieht.<sup>6</sup> Rüstungsaufträge einer von der Nato unabhängigen europäischen Armee würden weniger in die Vereinigten Staaten gehen, sondern eher nach Frankreich und Deutschland, wo die technologisch fortgeschrittensten Produzenten auf diesem Feld zu Hause sind.

Deutlich macht dies der Abhängigkeits-Index (AI, Tabelle 1, unterste Reihe). Er zeigt den Anteil der Rüstungsimporte an den gesamten Rüstungsausgaben und damit den Grad der Abhängigkeit eines Landes von ausländischen Waffenproduzenten. Auch hier zeigt sich die militärische Überlegenheit der Vereinigten Staaten – die USA haben bei weitem den geringsten AI-Wert. Gemäß der Tabelle sind unter den wichtigsten europäischen Rüstungsproduzenten Frankreich und Deutschland am wenigsten abhängig von ausländischen Importen. Dies zeigt an, dass in diesen beiden Ländern modernere Militärtechnologie hergestellt wird. Eine Ablösung der EU-Militärorganisation von der Nato und den USA würde bedeuten, dass amerikanische Rüstungstechnologie tendenziell durch französische und deutsche ersetzt würde. Frankreich und Deutschland wären also die größten Profiteure einer weiteren Militarisierung der EU, weswegen sie auch die Antreiber dieses Prozesses sind.<sup>7</sup> Verlierer wäre Großbritannien: Seine geringere Bedeutung als Rüstungsmarkt für die USA würde nicht nur die soliden Verbindungen zwischen den militärischen Sektoren beider Staaten unterminieren, sondern auch die ökonomische Basis der amerikanisch-britischen „special relation“, mithilfe derer Großbritannien seine Rolle als Vermittler zwischen den Vereinigten Staaten und Europa spielen kann und so seinen Einfluss innerhalb der EU geltend macht.

Das Vereinigte Königreich behielt in den ganzen neunziger Jahren daher seine widerspenstige Haltung bei. Als Folge bestätigten noch 1997 die Amsterdamer Verträge das Drei-Säulen-System der EU, das heißt die Trennung von Europäischer Kommission, der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und den Bereichen Justiz- und Innenpolitik. Die WEU wurde der britischen Politik folgend nicht in die GASP integriert, entgegen den Wünschen aus Paris und Berlin. Der Grund für die britische Haltung war, dass eine von der GASP getrennte WEU unter dem direkten Einfluss der Nato bliebe und so nicht zum Aufbau einer wirklich unabhängigen europäischen Militärmacht beitragen würde. Doch 1998 änderte sich die Situation: In einer gemeinsamen Er-

---

6 Großbritanniens Rüstungsimporte belaufen sich auf 3,3 Mrd US-Dollar, davon kommen nicht weniger als 2,7 Milliarden Dollar – also 82 Prozent – aus den USA. (SIPRI 2004, Tabelle 21.1 und 10 A.3.)

7 Mit einigem Erfolg: Der Eurofighter Typhoon wird bereits in einigen Jahren stationiert werden; strategische Luftbrücken sollen Ende dieses Jahrzehnts durch die europäische Luftlandtruppe Airborne Common European Force und das Transportflugzeug Airbus A440M möglich sein; neue Satellitensysteme, neue optische Geräten und neue Radarsysteme (Helios II, SAR Lupe und Cosmos Skymed) ermöglichen Hightech-Spionage und -Aufklärung.

klärung einigten sich beim französisch-britischen Gipfel die Staatsoberhäupter Jacques Chirac und Anthony Blair: „Um auf internationale Krisen zu reagieren, benötigt die Union die Kapazität für autonome Einsätze, gestützt auf glaubhafte militärische Macht, auf den Mitteln, über den Einsatz dieser Macht zu entscheiden und auf der Bereitschaft zu solchen Einsätzen“ (Franco-British Summit 1998, siehe auch Henke 2004). Nur ein Jahr später beschloss die EU auf ihrem Gipfeltreffen in Köln die gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) als Teil der GASP und als erster Schritt zu einer Militärmacht als Alternative zur Nato wie auch zur WEU.

Es scheint, als hätte Großbritannien seine traditionell feindliche Position gegenüber einer unabhängigen europäischen Streitmacht verlassen. Tatsächlich aber hat die britische Regierung gemerkt, dass Frankreich und Deutschland einen unumkehrbaren Prozess eingeleitet haben.<sup>8</sup> Gemäß seiner bewährten Politik hat Großbritannien sich daher entschieden, sich an dem Prozess zu beteiligen, um ihn zu lenken, da es ihn nicht verhindern kann. Sein den Wünschen der USA entsprechendes Ziel ist es, dass die EU die Kosten für ihre eigene Sicherheit in stärkerem Maße selber trägt, ihr militärisches Potenzial effizienter nutzt und dabei gleichzeitig die Abhängigkeit von Nato und USA bestehen bleibt.<sup>9</sup> Zudem ist die Bedeutung Großbritanniens für die USA wesentlich größer, wenn es sich an der ESVP beteiligt, anstatt außen vor zu bleiben. Auch der Widerstand des britischen Finanzsektors gegen eine stärkere Integration des Landes in die EU schwindet, da das Pfund Sterling gegenüber dem Euro an Bedeutung verliert. Der einzige Sektor, der sich noch immer gegen eine originär europäische Streitmacht wehrt, ist der militärisch-industrielle auf Grund seiner engen Bindungen zu den US-amerikanischen Rüstungsproduzenten. Doch wie wichtig auch immer dieser Sektor sein mag – die objektive Tendenz geht in die Richtung einer militärischen Integration, die sowohl eine Folge wie auch eine Bedingung für die weitere ökonomische Integration der EU ist.

Mit der ESVP ist die militärische Konkurrenz zwischen der EU und den USA offiziell eröffnet. Dies ist bereits sichtbar. Nehmen wir zwei der jüngsten Beispiele. Erstens: Die EU-Erweiterung auf 25 Mitgliedstaaten wäre nicht nötig gewesen, nur um sich billige Rohstoffe und billige Arbeitskräfte zu sichern. Ökonomischer Imperialismus funktioniert zumeist auch ohne politische Annexion. Viel wichtiger war es für die EU, dass die neuen Mitgliedstaaten die

---

8 Vorangetrieben wurde der Beschluss der EU zur Militarisierung durch den Krieg im Kosovo. „Obwohl die EU-Mitgliedstaaten gemeinsam über fast zwei Millionen Soldaten verfügen, hatte die Union Schwierigkeiten, im Kosovo eine Truppe von 40.000 bis 50.000 Soldaten zu stationieren.“ (Biscop 2002: 475)

9 Schließlich belasten „friedenserhaltende“, „friedenschaffende“ wie auch „Krisen“-Interventionen – also die Zunahme internationaler Konflikte im Gefolge imperialistischer Politik – die finanziellen Ressourcen auch der potentesten Nation der Welt, der USA. Washington hat bereits mehrfach klargestellt, dass es zu Interventionen nicht bereit ist, wenn nur europäische und nicht amerikanische Interessen gefährdet sind.

GASP und dadurch auch die ESVP übernahmen. Beides schwächt den Einfluss der Nato und stärkt die europäische Verteidigungspolitik.<sup>10</sup> Zudem eröffnete die Erweiterung den Weg für die Expansion des Euro, der damit an Gewicht gegenüber dem US-Dollar gewinnt. Wie wir sehen werden, hat dies wichtige militärische Konsequenzen.

Das zweite Beispiel ist die Schnelle Eingreiftruppe *Rapid Reaction Force* (RRF). Sie besteht aus 60.000 Soldaten, die innerhalb von 60 Tagen für „friedensschaffende“ und „erhaltende“ Operationen von einem Jahr Dauer mobilisierbar sind.<sup>11</sup> Diese Operationen können die Truppe unabhängig von der Nato und damit von den USA durchführen. Sie ist damit der Embryo einer veritablen Europa-Armee. Für noch schnellere Reaktionen wurde 2004 zudem die Schaffung so genannter „Battle Groups“ beschlossen, die 2007 einsatzfähig sein sollen. Ihre Stationierung ist bereits innerhalb von 15 Tagen möglich. Daher befinden sie sich in permanentem Alarmzustand. Jede „Battle Group“ ist 1.500 Mann stark, insgesamt können 20.000 Soldaten entsendet werden. Zunächst rekrutieren sie sich aus französischen, italienischen, britischen und spanischen Truppen (BBC 2004). Bemerkenswert ist einmal mehr das Timing: Im selben Jahr wurde die „Response Force“ der Nato einsatzfähig, eine 17.000 Mann starke Truppe, die bis 2006 auf 21.000 Soldaten anwachsen soll und die innerhalb von fünf bis sieben Tagen am Einsatzort stationiert werden kann (Nato 2004). Hier stellt Deutschland das bedeutendste Kontingent.

Die „Battle Groups“ haben vier spezifische Merkmale: Erstens sind sie zwar nicht formal, aber faktisch eine stehende Armee auf Grund ihres permanenten Alarmzustands. Zweitens entscheidet die EU – wie bei den RRF – autonom über ihren Einsatz, der bis zu 5.000 Kilometer von Brüssel entfernt stattfinden kann.<sup>12</sup> Ihre Hauptquartiere sind getrennt von den Hauptquartieren der Nato – etwas, wogegen sich die USA und die Nato vehement gewehrt haben. Drittens operieren die „Battle Groups“ auf Augenhöhe mit den Nato-Truppen, denn sie können deren Response Forces unterstützen und umgekehrt. Viertens – und am wichtigsten – können einzelne EU-Staaten nach eigenem Ermessen „Battle Groups“ mit anderen EU-Mitgliedern bilden – das ist die so genannte „Partnership of the Willing“. Das Konsensprinzip ist aufgehoben, für den Einsatz ist nicht die Zustimmung aller 25 EU-Staaten nötig. Mit all diesen Merkmalen sind RRF und „Battle Groups“ die ersten wirklichen Manifestationen einer Europa-Armee, wenn auch eine quantitativ kleine.

---

10 Man beachte die Koinzidenz: Am 29. März 2004 wurden Bulgarien, Estland, Litauen, Lettland, Rumänien, Slowenien und die Slowakei Mitglieder der Nato. Einen Monat später, am 1. Mai 2004, erweiterte sich die EU um Zypern, Tschechien, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowenien und die Slowakei.

11 Da die Truppen nach dem Rotationsprinzip ausgewechselt werden müssen, wird insgesamt ein Pool von 180.000 Soldaten benötigt.

12 Diese Entfernung deutet darauf hin, dass die EU für militärische Einsätze derzeit ihre Peripherie ins Auge fasst, vor allem Russland, den Balkan und den Mittelmeerraum.

Die USA sind nicht per se gegen eine Europa-Armee. Sie sind bereit, dem europäischen Militär eine größere Rolle zuzubilligen, jedoch unter der Bedingung, dass diese Armee unter der Kontrolle der USA bleibt und dass sie zur Schlagkraft der westlichen Welt unter US-Hegemonie beiträgt – so wie es bei der WEU der Fall war. Doch sowohl die USA wie die EU wissen, dass mit den RRF eine neue Phase begonnen hat. Die US-Regierung hat darauf reagiert: 2002 kündigte Präsident Bush an, sein Land werde militärisch gegen jedes Land vorgehen, das „eine Aufrüstung betreibt in der Hoffnung, die Macht der USA zu übertreffen oder zu erreichen“ (National Security Strategy of the United States, September 2002, zit. in: Du Boff 2003). Die EU ist also gewarnt.

### 3. Welche Perspektiven?

Die Tabelle 1 dokumentiert die unangefochtene militärische Übermacht der Vereinigten Staaten. Doch ist dies nur die eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite ist offensichtlich, dass sich die Militärmacht der USA nicht mehr wie direkt nach dem Zweiten Weltkrieg auf eine unangreifbare ökonomische und finanzielle Vorherrschaft gründet. Stattdessen kämpft die amerikanische Wirtschaft mit einer graduellen Verschlechterung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit und wachsenden finanziellen Verwundbarkeiten.

Die Fakten sind allseits bekannt. 1950 erwirtschafteten die USA noch die Hälfte des Welt-Bruttosozialprodukts, 2003 waren es nur noch 21 Prozent. 1950 kamen 60 Prozent der globalen Industrieproduktion aus den USA, 1999 nur noch 25 Prozent. Während 1960 noch 47 Prozent der weltweiten ausländischen Direktinvestitionen aus den USA kamen, waren es 2001 nur noch 21 Prozent (Du Boff 2003). Die Verschlechterung der Finanzposition ist sogar noch dramatischer. Die Dimensionen des „Doppeldefizits“ (in Leistungsbilanz und Staatshaushalt) sind zu bekannt, um hier noch einmal wiederholt zu werden. Die Frage ist allerdings, ob die USA diese Defizite aufrechterhalten können. Diese Frage ist nicht einfach zu verneinen. Denn einerseits sind zwar die gesamten Schulden der Zentralregierung mit 7,5 Billionen Dollar (2004) gigantisch. Im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung jedoch liegen die USA mit einer Schuldenquote von 75 Prozent des BSP besser als viele andere Staaten wie Italien, Belgien oder Japan. Selbst wenn man berücksichtigt, dass der „Krieg gegen den Terrorismus“ über Buchhaltungstricks aus dem Budget ausgelagert wird, scheint es, dass die USA ihren Schuldenstand aufrechterhalten oder sogar erhöhen könnten.<sup>13</sup> Die zentrale Frage ist allerdings vielmehr, auf welche

---

13 Kurz- und mittelfristig hängt alles von der künftigen Politik der Bush-Regierung ab. Schätzungen des aggregierten Defizits 2004 bis 2013 reichen von 1.400 Mrd. Dollar (Congressional Budget Office, CBO zitiert in SIPRI 2004: 319) über 3.000 Mrd. Dollar (SIPRI 2004: 319) bis zu 6.350 Mrd. Dollar (Roubini 2004). Die finanzielle Situation könnte sich zudem weiter verschlechtern, wenn die Bush-Regierung fortfährt, Steuern zu senken oder das Rentensystem der Social Security zu privatisieren – ein Vorhaben, an dem Bush bislang gescheitert ist.

Weise die USA ihre Militärausgaben finanzieren.

Die Netto-Auslandsvermögensstatus (Net International Investment Position, NIIP) der USA ist der Bestand an Auslandsaktiva (Forderungen von privaten oder öffentlichen Händen der USA an das Ausland) minus den Auslandspassiva der USA (Forderungen an die privaten und öffentlichen Hände der USA). Für die USA ist dieser Wert negativ. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt schoss die NIIP zwischen 1997 und 2003 von 5 Prozent auf 24 Prozent in die Höhe und hat sich seitdem weiter erhöht. Gleichzeitig befinden sich die US-Exporte auf dem absteigenden Ast, so dass das Verhältnis von NIIP zu Exporten 280 Prozent erreicht hat – damit sind die USA nicht weit entfernt von der Situation Argentiniens kurz vor dem finanziellen Kollaps des Landes. Die bei weitem wichtigste Ursache für die Verschlechterung der NIIP ist die Diskrepanz zwischen Ex- und Importen. Seit 1971 führen die USA mehr ein als sie ausführen. Im Jahr 2004 erreichte das Leistungsbilanzdefizit 600 Milliarden Dollar und ist im Folgejahr sogar weiter gestiegen. Das bedeutet: Seit mehr als drei Jahrzehnten gleichen die Exporteinnahmen die Importausgaben nicht mehr aus, der Zufluss von realem Wert (Güter und Dienstleistungen) wird nicht mehr durch einen Abfluss von realem Wert ausgeglichen, sondern nur durch einen Abfluss von wertlosem Papiergeld. Möglich macht dies der Status des US-Dollar als internationale Reservewährung und als bevorzugtes Zahlungsmittel im internationalen Geschäftsverkehr. Die Dollar, mit denen die USA ihre Importe bezahlen, werden im Ausland nicht alle zum Kauf von US-Waren verwendet. Stattdessen werden die Dollar als Devisenreserve gehortet, oder mit ihnen werden US-Staatsanleihen gekauft – in jüngster Zeit vor allem von China und Japan. Dieser Zufluss von importierten Waren und Dienstleistungen, der auf Grund der dominanten Stellung des US-Dollar nicht mehr durch einen Abfluss in Form von US-Exporten ausgeglichen wird, ist die Seignorage des Dollar. Ihr Ausmaß belegt die Tatsache, dass 68 Prozent der weltweit gehaltenen Devisenreserven in Höhe von 3.400 Milliarden Dollar aus amerikanischen Noten oder Staatsanleihen bestehen. Militärisch ist dies insofern von Bedeutung, als dass es die Seignorage der US-Regierung ermöglicht, Rüstungsgüter in Auftrag zu geben. Das heißt: Die Dollar, die Ausländer für den Kauf von US-Staatspapieren ausgeben und die so in die USA zurückfließen, werden vom Staat für die Beschaffung militärischer Güter verwandt.<sup>14</sup>

Die Bereitschaft des Auslands, Dollar oder auf Dollar lautende Wertpapiere als Reserve zu halten, ist abhängig von der Stärke der Dollar. In den vergangenen fünf Jahren hat der Dollar gegenüber dem Euro fast 40 Prozent verloren, und der Euro ist zur zweitwichtigsten internationalen Reservewährung aufgestiegen (Europäische Zentralbank 2005: 8, 9, 28, 52). Im Zuge dieses Wert-

---

14 Halten Ausländer als Reserve Dollar, profitieren die amerikanischen Konsumenten, halten sie als Reserve US-Staatsanleihen profitiert die Regierung und indirekt die Rüstungsindustrie.



verlustes wird der Dollar still und leise durch den Euro als Reservewährung ersetzt. Zudem versuchen die ölproduzierenden Länder vermehrt, ihren Ölhandel in Euro statt in Dollar abzurechnen. Sollte sich dieser Trend fortsetzen, so würde sich die internationale Nachfrage nach Dollar weiter abschwächen und die amerikanische Devisen würde weiter geschwächt werden.<sup>15</sup> Eine Refinanzierungskrise der USA ist somit eine sehr reale Möglichkeit. Vor dem Hintergrund der enormen inländischen und ausländischen Verschuldung der Vereinigten Staaten würde diese Krise fast sicher in eine weltweite ökonomische Krise gigantischen Ausmaßes münden. Diese Krise würde zu einer Machtverschiebung zwischen den beiden Blöcken führen und zu einem gravierenden Verlust an Seignorage des Dollar zu Gunsten des Euro.<sup>16</sup> Und es ist genau die Seignorage, über die ein großer Teil des US-Rüstungsbudgets finanziert wird.<sup>17</sup> Wie könnten die USA auf eine solche Schädigung ihrer Finanzkraft reagieren? Konfrontiert mit schrumpfenden Ressourcen könnten sie weiter den Lebensstandard des ärmeren Teils ihrer Bevölkerung senken<sup>18</sup> und durch diese Einsparungen Mittel freisetzen. Dies würde allerdings die Frage nach der sozialen und politischen Stabilität auf die Tagesordnung setzen.<sup>19</sup> Daneben existieren hier auch ökonomische Hürden. Eine Wirtschaft, die zunehmend auf den militärischen Sektor zum Nachteil des sozialen Sektors setzt, vernachlässigt grundlegende Bereiche wie Infrastruktur, Bildung, Gesundheit – alles die Faktoren, die direkt und indirekt die Produktivität erhöhen. Damit sinkt längerfristig ihre Wettbewerbsfähigkeit. Dieser Effekt wird noch verstärkt durch die unproduktive Natur von Rüstungsgütern. Denn Rüstungsgüter werden entweder nicht eingesetzt, dann sind sie eine Verschwendung von Ressourcen; wenn sie jedoch eingesetzt werden, dann zerstören sie Werte. Diese negativen Effekte sind wohl unbestritten. Uneinigkeit besteht allerdings in der Frage, ob Rüstungsproduktion auch positive ökonomische Effekte zeitigt. Aus marxistischer Perspektive ist zwar auch

---

15 Präsident Bushs „Krieg gegen den Terror“ hat nicht bloß die Beherrschung der Ölquellen und -routen oder die weitere Einkreisung Russlands zum Ziel. Auch sollen so die ölexportierenden Länder davon abgehalten werden, Euro statt Dollar zu verlangen. Genau das war ja Saddam Husseins Intention. Der Krieg gegen den Irak war insofern auch ein Krieg gegen den Euro. Nichtsdestoweniger setzen die Zentralbanken die Ersetzung von Dollar durch Euro fort (Mosnews.com 2004; Mitchell 2005). Nach Angaben der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIS 2004: 26) haben die OPEC-Staaten 2001 damit begonnen, ihre Petrodollars in auf Euro lautenden Wertpapieren statt in Dollar-Papieren anzulegen. Der Anteil der Dollar-Papiere ist daher von 75 Prozent auf 61,5 Prozent gefallen, der Anteil der Euro-Papiere hat von 12 Prozent auf 20 Prozent zugelegt.

16 Ökonomen verschiedener Schulen erwarten diese Krise und hoffen auf eine „weiche Landung“ des Dollar. Doch selbst eine „weiche Landung“ könnte den Wertverlust der Währung nicht verhindern und würde dem Dollar zunehmend die Möglichkeit der Seignorage nehmen.

17 Ebenso wie Amerikas Militärinterventionen den Dollar stärken und so eine Gefahr für den Euro darstellen, ist der Euro eine Gefahr für die dauerhafte Fähigkeit der USA zu militärischen Interventionen.

18 Bereits heute sind 45 Millionen Amerikaner nicht krankenversichert.

19 Bushs Krieg ist damit auch ein Krieg gegen die amerikanische Arbeiterklasse.

die Rüstungsproduktion eine Produktion von Mehrwert, da hier Gebrauchswert unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen transformiert wird. Da jedoch in dieser Industrie die organische Zusammensetzung des Kapitals sehr hoch und über dem Durchschnitt liegt, *reduziert* ihr Wachstum die durchschnittliche Profitrate eher als dass es sie erhöht – besonders wenn das Wachstum der Rüstungsproduktion andere Wirtschaftssektoren mit niedrigerer organischer Zusammensetzung verdrängt. Die ökonomische Bedeutung des Rüstungssektors liegt dann also weniger in der Produktions- als vielmehr in der Realisationssphäre. Erstens garantiert der Staat die Realisation des Warenwertes durch sein militärisches Bestellungswesen. Dies wirkt den Problemen bei der Realisation entgegen. Zweitens: Wenn Rüstungsgüter zu einem Preis exportiert werden, der um die Durchschnittsprofitrate schwankt, wird wesentlich mehr Mehrwert angeeignet als in ihnen eigentlich enthalten ist. Genau auf Grund dieser Aneignung (und weniger auf Grund der Produktion von Mehrwert) kann die Durchschnittsprofitrate im Rüstungsgüter produzierenden und exportierenden Land steigen, und die Rüstungskonzerne können gigantische Profite realisieren. Der zentrale Faktor ist also die Aneignung von Wert auf internationaler Ebene per Rüstungsexport. Doch wie Tabelle 1 zeigt, erreicht der Gesamtexport der fünf größten EU-Waffenproduzenten bereits fast das Niveau des US-Exports. Für die USA bedeutet dies nicht nur eine Gefahr für ihre Militärindustrie, sondern auch eine Gefahr für die durchschnittliche Profitabilität und damit für Stabilität und Nachhaltigkeit des aktuellen Ausmaßes der militärischen Beschaffung.

Diese Überlegungen legen die Wurzeln des amerikanischen Unilateralismus frei. Der derzeit gängigen Sichtweise folgend können die USA unilateral handeln (wie in Afghanistan oder Irak) einerseits auf Grund ihrer militärischen Überlegenheit, andererseits weil gemäß der aktuellen US-Ideologie die Nachteile der schwerfälligen Entscheidungsfindung innerhalb der Nato nicht ausgeglichen werden durch Europas militärischen Beitrag. Tatsächlich jedoch ist der amerikanische Unilateralismus paradoxerweise ein Ausdruck amerikanischer Schwäche. Er spiegelt den Niedergang ihrer Hegemonie wider und zeigt den auf dem Land lastenden Druck, sich auf internationaler Ebene Wert anzueignen, ohne die Beute (heute Öl, morgen Wasser) mit den „Verbündeten“ zu teilen. Indem Washington aber diesem Druck nachgibt und unilateral handelt, schwächt es die atlantische „Natur“ der Nato und treibt die „Verbündeten“ dazu, sich als militärischer Konkurrent zu positionieren.<sup>20</sup>

---

20 Die Apologeten des US-Imperialismus glorifizieren den Unilateralismus. Kagan (2002) zum Beispiel wirft den Europäern vor, die Anwendung militärischer Gewalt als Instrument internationaler Beziehungen abzulehnen, obwohl Gewalt in der real existierenden Weltlage notwendig sei. Daher bliebe den USA nichts anderes übrig als allein zu handeln und damit den menschlichen Fortschritt zu befördern. Hier erübrigt sich jeder Kommentar.

#### 4. Europas Beschluss zur Militarisierung

Um dem US-Unilateralismus zu begegnen, muss Europa seine militärische Potenz erhöhen. Dabei ist die Größe der addierten nationalen Rüstungsbudgets nicht das Problem: „Würden die Mittel besser ausgegeben, sollten die existierenden Budgets ausreichen, um all die militärischen Fähigkeiten aufzubauen die nötig sind, damit die EU ihre Ziele erreicht. Laut Schätzungen müsste die EU etwa 42 Milliarden Euro ausgeben, um die größten Lücken zu den USA zu schließen; verteilt man diese Summe über einen Zeitraum von zehn Jahren, so würde dies bedeuten: die EU-Staaten müssten die Beschaffung in ihren Rüstungsbudgets lediglich um zehn Prozent erhöhen“ (Biscop 2004: 527). Das Problem ist vielmehr, dass Europas Militärsektor trotz Schnellen Einsatztruppen und „Battle Groups“ noch immer in nationale Armeen fragmentiert ist. Ihre effektive militärische Schlagkraft erreicht daher nur einen Bruchteil der amerikanischen, obwohl die addierten Verteidigungshaushalte die Hälfte des US-Rüstungsbudgets erreichen. Eine wirkliche Erhöhung der Militärausgaben mit dem Ziel einer echten mächtigen Europa-Armee setzt einen institutionellen Rahmen voraus, der diese Fragmentierung aufhebt und die Ausgaben rationalisiert und effektiviert.<sup>21</sup> Dies war genau einer der Aspekte der geplanten neuen Europäischen Verfassung.

In diesem Zusammenhang lehrreich ist ein Dokument von Javier Solana, dem Hohen Vertreter der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, genannt „Mister GASP“<sup>22</sup>. Solana verfasste es 2003, kurz vor der Unterzeichnung der EU-Verfassung (Council of the European Union 2003). Ausgehend von der Überlegung, dass „Sicherheit eine Voraussetzung für Entwicklung ist“ (S. 2), dass also militärische Macht eine Voraussetzung für die Verteidigung und Durchsetzung ökonomischer Interessen ist, legt die Schrift ihr Weltbild offen: „Energieabhängigkeit ist für Europa von besonderem Belang. Europa ist der weltgrößte Importeur von Öl und Gas. Diese Importe machen etwa 50 Prozent des heutigen Energieverbrauchs aus. Dieser Betrag wird bis 2030 auf 70 Prozent steigen. Der größte Anteil der Importe kommt heute aus der Golfregion, Russland und Nordafrika“ (S. 3), das heißt aus Europas Peripherie. Es ist daher kein Zufall, dass laut Solana „die Lösung des arabisch-israelischen Konflikts für Europa eine strategische Priorität hat“ (S. 8). Die Konkurrenz um natürliche Ressourcen (inklusive Wasser) wird weitere politische Turbulenzen und Migrationsbewegungen nach sich ziehen. „Es ist im europäischen Interesse, dass die Länder an unseren Grenzen gut regiert werden“ (S. 8), das heißt, dass Europa seine Grenzen öffnet und schließt gemäß seinen eigenen Interessen und nicht zum Wohle der Opfer des Imperialismus. Vor dem Hintergrund

---

21 Nur aus dieser Perspektive macht ein Pooling der einzelnen nationalen Rüstungsausgaben Sinn.

22 Am 29. Juni 2004 wurde Solana vom Rat der EU für das Amt des Europäischen Außenministers vorgeschlagen. Dieses war im Vertrag über eine Verfassung für Europa vorgesehen.

neuer Gefahren wie zum Beispiel Terrorismus (damit meint Solana offensichtlich nicht Europas Terrorismus), Massenvernichtungswaffen (offensichtlich nicht die Europas), organisierter Kriminalität (abermals offensichtlich nicht die Europas), dem Zusammenbruch von Staaten (jene, die von strategischem Interesse der EU sind) und so weiter „wird die vorderste Verteidigungslinie“ der EU „oftmals im Ausland liegen“ (S. 6). Kurz: Europa muss sich bereit machen für „präventive“ Kriege und imperialistische Invasionen.<sup>23</sup>

Wie nun berücksichtigt die Europäische Verfassung die Erreichung dieser Ziele? Artikel 40.1 des Vertragsentwurfs (European Convention 2003) betont erneut die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), dessen operationelle Fähigkeiten auf „Missionen außerhalb der Union“ eingesetzt werden können. Konkrete Ziele solcher Operationen können sein: „gemeinsame Entwaffnungsaktionen, humanitäre und Rettungsaufgaben, Konfliktprävention und Aufgaben der Friedenserhaltung, Krisenmanagement inklusive Friedensschaffung und die Stabilisierung nach Ende des Konflikts“ (Artikel 210.1). Durchgeführt sollen diese Operationen der ESVP „mit Hilfe der Ressourcen der Mitgliedstaaten“, also nicht mit Hilfe der Nato. Dies sanktioniert die operative Unabhängigkeit vom Nordatlantikpakt (Artikel 40.1).

Die ESVP „wird zu einer gemeinsamen Verteidigung führen“ (40.2), deren einzige Pflicht gegenüber der Nato ist, mit deren Kräften „kompatibel“ zu sein. Die Mitgliedstaaten verpflichten sich zudem dazu, ihre Militärausgaben „progressiv“ zu erhöhen (40.3). Artikel 40.4 sieht zudem die Einrichtung des Postens eines Außenministers vor, der für die Außenpolitik der Union verantwortlich ist. Von besonderer Bedeutung ist Artikel 40.6: „Jene Mitgliedstaaten, deren militärische Fähigkeiten höheren Kriterien genügen und die mit anderen Mitgliedstaaten auf diesem Feld engere Verpflichtungen hinsichtlich der anspruchsvollsten Missionen eingegangen sind, können innerhalb des EU-Rahmens strukturierte Kooperationen eingehen.“ Im Klartext: Die Hardcore-Imperialisten unter den EU-Staaten werden frei sein, im Ausland zu intervenieren und die Bildung einer EU-Armee voranzutreiben, ohne von den anderen Mitgliedern gehindert zu werden. Dies gilt besonders für Frankreich und Deutschland, die einander bevorzugte Partner in der Sicherheitspolitik sind (Stahl et al. 2004: 423). Das Europäische Parlament bleibt ohne Einfluss auf die Außen- und Sicherheitspolitik. Es wird lediglich „regelmäßig konsultiert bezüglich der wichtigsten Aspekte und grundlegenden Wahlmöglichkeiten der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und wird informiert über den Stand ihrer Entwicklung“ (I-40.8). Das Demokratiedefizit wird noch größer.

---

23 Man beachte die Ähnlichkeit zur US-Propaganda. Solanas Dokument beansprucht eine gleichberechtigte Stellung Europas zu den USA, das heißt Europa muss in der Lage sein, seine Interessen gegen den Rest der Welt zu verteidigen - wann immer möglich gemeinsam mit den USA („the West against the rest“ (Wagner 2004)), wann immer nötig aber auch gegen die USA. Der Begriff des „gemeinsamen Imperialismus“ übersieht diesen fundamentalen Antagonismus.

Artikel 40.3 schließlich sieht die Etablierung einer Europäischen Rüstungs- und Forschungsagentur (European Defence Agency, EDA) vor, die am 12. Juli 2004 gegründet wurde. Diese Agentur „wird beitragen zur Implementation“ der gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik (Artikel 5). Ihr Ziel ist es, „Verteidigungskapazitäten auf dem Gebiet des Krisenmanagements zu entwickeln, die europäische Rüstungskoooperation zu fördern und zu verbessern, die Basis der europäischen Rüstungsindustrie und -technologie zu stärken und einen wettbewerbsfähigen europäischen Markt für Rüstungsgüter zu schaffen“. Zudem soll die Agentur „jene Forschung fördern, die auf Führerschaft in strategischen Sicherheits- und Verteidigungs-Technologien zielt und dadurch Europas industrielles Potenzial auf diesem Gebiet stärken“ (Artikel 3). Von einer strategisch-militärischen Perspektive her ist festzuhalten, dass die Verfassung erstens die Mitgliedstaaten verpflichtet, ihre Militärausgaben zu erhöhen. Zweitens unterstützt sie die Schaffung einer europäischen Armee, die unabhängig einerseits von der Nato (und damit von den USA) ist, andererseits von anderen EU-Staaten, die der Militarisierung weniger enthusiastisch gegenüberstehen. Drittens legitimiert die Verfassung die Organisation von Kriegen (durch Militärberater und andere unterstützende Aufgaben), das Führen von Kriegen und die Okkupation ausländischer Territorien durch „stabilisierende Operationen“.<sup>24</sup> Schließlich fördert sie durch die Europäische Rüstungsagentur eine autonome militär-industrielle Basis und Technologie als grundsätzliche Voraussetzung einer autonomen europäischen Armee, und stärkt dadurch gleichzeitig die Stellung Deutschlands und Frankreichs.<sup>25</sup> Kurz gesagt: Die EU-Verfassung schafft ein „Rahmenwerk“, innerhalb dessen die Militarisierung der EU „strategisch gedacht“ wird (Institute for Security Studies 2004: 28). Sie ist ein weiterer Schritt in Richtung zerstörerischer internationaler Konflikte.

## 5. Schlussfolgerungen

Ich möchte mit einem aufschlussreichen Vergleich schließen. Als die European Currency Unit Ecu 1978 geschaffen wurde, da war sie lediglich ein inner-europäisches Verrechnungsgeld, virtuelles Geld. Die Ecu wurde geboren im Schatten des US-Dollar: Die Währung jedes Mitgliedslandes erhielt einen bestimmten Anteil am Ecu, gemäß seinen Dollar-Reserven und seinen in Dollar bewerteten Goldreserven. Ziel war es jedoch nicht nur, eine gemeinsame Währung zu schaffen, sondern eine starke Währung. Wäre es nur darum gegangen,

---

24 Dies schließt übrigens den Einsatz von Atomwaffen nicht aus. Wie der EU-Think-Tank für militärische Fragen, das Institute for Security Studies, schreibt: „In Fällen, in denen der Gegner über Massenvernichtungspotenzial verfügt, hat der Konflikt per definitionem eine Massenvernichtungs-Dimension“. (Institute for Security Studies 2004: 69)

25 Zum Verhältnis von Bundeswehr und EU-Militarisierung siehe Henke (2004). In diesem Zusammenhang bemerkenswert ist zudem, dass die Bundeswehr zwischen 2006 und 2010 radikal umgestaltet werden soll und dass Deutschland das größte Kontingent der Rapid Reaction Force stellt.

eine gemeinsame Verrechnungseinheit für grenzüberschreitende Transaktionen zwischen Zentralbanken zu kreieren, hätte es die Ecu nicht gebraucht, denn dies war bereits die Funktion des Dollar. Ziel war vielmehr die Schaffung einer gemeinsamen, starken europäischen Währung, wenn auch zu Beginn nur einer virtuellen. Ihr Wert wurde im Wesentlichen durch das Verhältnis zwischen der (starken) D-Mark und der US-Devisen bestimmt und weniger durch das Verhältnis der anderen (schwächeren) Währungen zum Dollar<sup>26</sup>, weswegen die Ecu auch mehr zur Auf- als zur Abwertung neigte. Ihre Stärke erbte später der Euro, der sie im Verhältnis eins zu eins ersetzte. Die Ersetzung des Ecu durch den Euro, der Aufstieg des Euro zum Rivalen des Dollar und damit zu einer realen Gefahr für die Seigniorage der USA dauerte ein Vierteljahrhundert. Vor dem Hintergrund der Übermacht des Dollar war dies zur Geburt der Ecu im Jahr 1978 nur eine sehr vage Möglichkeit – aber immerhin eine Möglichkeit. Das Projekt der Europäischen Armee stellt sich heute ähnlich dar. Verglichen mit der amerikanischen Potenz ist auch sie eher eine virtuelle Streitmacht. Aber auch sie wächst in Richtung einer realen Bedrohung für die militärische Übermacht der USA. Denn zum einen schafft der amerikanische Unilateralismus immer neue Konflikte, schwächt die Nato und fördert damit den Wunsch der EU, sich zu militarisieren. Zum anderen wird die Fähigkeit der USA zur nachhaltigen Finanzierung ihres Militärbudgets zunehmend in Frage gestellt, und auch der EU-Skeptizismus Großbritanniens wird sich abschwächen. Es ist also nur eine Frage der Zeit, bis Europa sich selbst mit einem machtvollen militärischen Arm ausstatten wird, der in der Lage ist, seine Interessen durchzusetzen und zu verteidigen, im Bedarfsfall auch gegen die USA. Zu diesem Zweck ist die EU allerdings nicht gezwungen, die US-Militärmacht zu kopieren und mit ihr gleichzuziehen. Sie muss „nur“ eine Abschreckungsmacht aufbauen. Und das tut sie. Wer also angesichts der überlegenen US-Militärmacht lediglich den amerikanischen Super-Imperialismus kritisiert, der ignoriert nicht nur die nicht-militärischen Aspekte des imperialistischen Kampfes (also die bestimmenden Aspekte, nämlich die finanziellen und ökonomischen), sondern ignoriert auch das veränderte und sich verändernde militärische Verhältnis zwischen den beiden Blöcken. Entgegen den Illusionen vieler europäischer Linker wird eine der europäischen Wirtschaftsmacht adäquate EU-Armee nicht den Frieden gegen Amerikas Imperialismus verteidigen. Im Gegenteil, mit ihr entsteht eine weitere Bedrohung für den Frieden auf der Welt. Statt einer friedlichen Balance der Mächte ist Multilateralismus die Doktrin der aufstrebenden, aber noch relativ schwachen Blöcke.<sup>27</sup> Es gibt je-

26 Gleichzeitig wurde die Ecu mehr gemäß den Interessen Deutschlands konzipiert als den Interessen der anderen europäischen Länder. Detaillierter ist dies beschrieben in: Carchedi (2001).

27 Daher auch die wohlwollende Haltung Russlands zur ESVP, von der es sich ein Gegengewicht zum Nato-Zentrismus in Europa verspricht. Die Militärkooperation bleibt jedoch noch stark begrenzt (Forsberg 2004: 254).

doch keinen Grund zur Annahme, dass eine multipolare imperialistische Weltordnung ein friedlicherer Ort für die Menschen sein wird als eine Welt, die von nur einer militärischen Supermacht dominiert wird.

Aus dem Englischen übersetzt von *Stephan Kaufmann*

## Literatur

- Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIS) (2004), *BIS Quarterly Review: International banking and financial market developments*, Basel.
- BBC (2004): *EU approves rapid reaction force*, <http://news.bbc.co.uk/1/hi/world/europe/4034133.stm>
- Becker, E. (2005): U.S. Trade Deficit Rises to New High. More Risk to Dollar, *New York Times*, 13.1.
- Biscop, S. (2002): In Search of a Strategic Concept for the ESDP, *European Foreign Affairs Review*, Nr. 7, 473-490.
- Biscop, S. (2004): Able and Willing? Assessing the EU's Capacity for Military Action, *European Foreign Affairs Review*, Nr. 9, 509-527.
- Carchedi, G. (2001): *For Another Europe, A Class Analysis of European Economic Integration*, London: Verso.
- Carchedi G. (2005): *Il braccio armato della Unione Europea*, Papier präsentiert auf der Konferenz „L'Unione europea, una superpotenza?“ in Rom.
- Council of the European Union (2003): *A Secure Europe in a Better World*, European Security Agency, Brüssel.
- Du Boff, R.B. (2003): *US Hegemony, continuing decline, enduring danger*, Monthly Review, Vol. 55, No. 7, Dezember.
- European Central Bank (2005): *Review of the International role of the Euro*, Frankfurt a.M.
- European Convention (2003): *Draft Treaty Establishing a Constitution for Europe*, 13.6/13.7 2003.
- Forsberg, T. (2004): The EU-Russia Security Partnership: Why the Opportunity was Missed, *European Foreign Affairs Review*, Nr. 9.
- Fraad Wolff, M. (2005): *Delusion, Confusion and Approaching Disconfirmation*, Guest Commentary, PrudentBear.com, 22. Januar.
- Franco-British Summit (1998): *Joint Declaration on European Defense*, Saint Malo, 4. Dezember.
- Henke, L. (2004): *EU: Weichenstellungen zur Supermacht? Sicherheitsstrategie-Verfassung- "Battlegroups"*, IMI-Analyse 2004/035, [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)
- Institute for Security Studies (2004): *European Defense. A Proposal for a White Paper*, Paris.
- Kagan, Robert (2002): Power and weakness, *Policy Review*, No. 113, Juni/Juli.
- Mitchell, A. (2005): *Euro Leaving the dollar behind?* <http://europa.tiscali.es/index.jsp?section=Business&level=preview&content=287041>, 7. Dezember.
- Mosnews.com (2004), *Russian Central Bank may cut dollar reserves*, <http://mosnews.com/money/2004/12/08/cbreserves.shtml>
- Nato (2004): *The Nato response force*, <http://www.nato.int/issues/nrf/>
- Official Journal of the European Union (2004): *Council Joint Action, 2004/551/CFSP of 12 July 2004 on the establishment of the European Defence Agency*, Brüssel.
- Roubini, N. (2004): *CBO deficit forecast for 2005-2014: \$2.3 trillion or more realistically \$6.35 trillion?*, <http://www.roubiniglobal.com/>
- Stahl, B., Boekle H., Nadoll, J., Jóhannesdóttir, A. (2004): *Understanding the Atlanticist-Europeanist Divide in the CFSP: Comparing Denmark, France, Germany and the Netherlands*, *European Foreign Affairs Review* Nr. 9, 417-441.
- Stockholm International Peace research Institute (2004): *SIPRI Yearbook*, Oxford University Press.
- US Census Bureau (2004): *US Trade in Goods and services-Balance of Payment (BOP) Basis, 14. Juni*, <http://www.census.gov/foreigntrade/statistics/historical/index.html>
- Wagner, J. (2004): *Partner oder Gegner?*, IMI-Studie 2004/01, März.